

## Ansätze neuer aussenpolitischer Positionierung der EU in der Welt

Während des Kalten Krieges entstand eine **bipolare Weltordnung** bestehend aus zwei Supermächten – den USA und der Sowjet Union, – welche bis zur Auflösung der Sowjet Union Ende 1991 bestanden hatte. Während des Kalten Krieges waren die Einflusszonen klar definiert und keine der beiden Grossmächte wagte eine den Status Quo und die andere Grossmacht bzw. deren Einflussbereich gefährdende politische Aktion. Die von Gorbatschow in der UdSSR eingeleitete Perestroika führte zur Auflösung des sowjetischen Blocks, des RGW und des Warschauer Paktes. Danach blieben nur die USA militärisch betrachtet eine Supermacht und die westlichen liberalen Demokratien als wirtschaftlich-politisches Muster übrig. Auf politischem Gebiet gab es zahlreiche Kontakte, Konferenzen und Abkommen mit dem Ziel, die Spannungen zu eliminieren, die Rüstungen zu reduzieren und die Zusammenarbeit regional wie global zu fördern und weiter auszubauen. Zu erwähnen sind z.B. das KSZE-Gipfeltreffen vom November 1990 mit der Nichtangriffserklärung und das Budapester Memorandum vom Dez. 1994 mit Nuklearabrüstung und Souveränitätsgarantien für die Ukraine, Kasachstan und Weissrussland. Es folgten die Ost-Erweiterungen der EU und der NATO sowie das START Abrüstungsabkommen von 2009. Der Frieden schien auf unabsehbare Zeit gesichert und die Friedensdividende wurde heimgefahren: Verteidigungsausgaben und Armeen wurden erheblich reduziert und der wirtschaftliche Aufbau im Inneren und im Osten finanziert.

Doch der Weltfrieden und die innere Sicherheit westlicher Staaten wurden zunehmend durch den aufkeimenden Terrorismus und die Migrationsbewegungen gefährdet. Nach 2000 begannen sich neue Konturen und Verhältnisse der **veränderten Weltpolitik** abzuzeichnen, die wichtigsten waren die Intervention in Georgien 2008, die Annexion der Krim durch Russland 2014 und die Ankündigung grosser Projekte wie z.B. der Seidenstrasse durch China sowie der Aufrüstung in Nordkorea. Die USA blieben zwar die wirtschaftlich und militärisch stärkste Macht, aber China entwickelte sich wirtschaftlich rasant zur Nummer zwei der Weltwirtschaft. Russland hat im Inneren die chaotischen Jelzin Jahre überwunden und suchte den Weg zur neuen Stärke basierend auf rohstoffreicher Wirtschaft und auf dem Aufbau des militärischen Potenzials. Der Bereich der aussen- und sicherheitspolitischen Interessen wurde auf den Umfang der ehemaligen UdSSR erweitert und westliche Verteidigung als Bedrohung empfunden. Die Eurasische Wirtschaftsunion koordiniert Wirtschaftspolitik der 5 Mitglieder. In Süd- und Osteuropa wurden 2004 neue Mitglieder in die EU und 2002 in die NATO aufgenommen. Die EU hat sich weiter integriert und ist wirtschaftlich erheblich gewachsen, ohne jedoch aussenpolitisch und militärisch eine bedeutende Rolle spielen zu können und zu wollen. Mit diesen Entwicklungen haben die internationalen Organisationen UNO, WTO u.a. als Garanten der bisherigen Ordnung entwicklungsmässig nicht Schritt halten können. Die sich neu gebildeten nationalen Politiken wie ‚America First‘, das rasante Wirtschaftswachstum Chinas mit den damit zusammenhängenden Einflussnahmen in Asien und Afrika und die überall in der Welt sich ausbreitende Aufrüstung schwächten die bisherigen Stützen der Weltordnung. Die Akzeptanz und Durchsetzung der in der UNO Charta verbrieften Werte nahmen ab, neue Zölle und nationale Prioritäten gefährden den freien Handel der WTO und die transatlantische Partnerschaft und Sicherheitsbrücke der NATO beginnen Alterserscheinungen zu zeigen. Die aufstrebenden Mittelmächte wie Iran, Saudi Arabien und Indien lassen sich vor allem durch eigene Wachstumsziele und Religionen leiten mit der Folge, dass an ihrer Peripherie Konflikte entstanden sind, die sie nach Möglichkeit befeuern: Jemen, Syrien, Afghanistan, Somalia, Kaschmir usw. Die Ausbreitung der Atomwaffen kann nicht wirkungsvoll eingedämmt werden und die Aufrüstung Nordkoreas ist das aktuelle Beispiel. Schliesslich gelingt es nicht, die Abrüstungsbemühungen fortzusetzen. Ganz im Gegenteil werden der INF Vertrag und das Iran Abkommen durch die USA gekündigt. Die drei Grossmächte – die USA, Russland und China - entwickeln neue Waffensysteme, welche im Falle Russlands den INF Vertrag verletzen. Die chinesische Aufrüstung ist durch

keinen Vertrag abgedeckt. Es kann nicht überraschen, dass in dieser multipolaren Welt, in welcher es an politischer Grundübereinstimmung weitgehend fehlt, Sicherheit wieder oder vermehrt im Aufbau des eigenen militärischen Potenzials gesucht wird.

Diese Trends werden aufmerksam verfolgt und über diese Entwicklungen wird in den Medien ausführlich berichtet, ohne dass etwas konkret geschehen ist. Jetzt scheinen aber diese Entwicklungen die **Regierungen in Paris und in Berlin** nicht nur erreicht, sondern endlich zu Massnahmen veranlasst zu haben. Zwei prominente deutsche Politiker, der Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, CDU, und der Aussenminister Heiko Maas, SPD, haben in der Zeitung ‚Die Welt am Sonntag‘ vom 24. März 2019 zu diesen Trends nicht nur Stellung genommen, sondern auch weitreichende Massnahmen vorgeschlagen. Dies geschah, sicher nicht rein zufällig, vor der ersten Sitzung der deutsch-französischen parlamentarischen Versammlung in Paris. Im Wesentlichen geht es darum, durch sowohl nationale als auch gemeinsame deutsch-französische Massnahmen die europäische Stimme in der Welt nicht nur hörbar zu machen, sondern auch zu stärken und ihr damit mehr Geltung in der Welt zu verschaffen.

Im **aussenpolitischen Bereich** regt W. Schäuble die Schaffung eines europäischen Sitzes in der UNO an. Die Sitzverteilung im UNO Sicherheitsrat entspricht den Verhältnissen nach dem 2. Weltkrieg und nicht mehr der heutigen Situation. Mehrere Reformversuche sind inzwischen gescheitert. Am 1. April 2019 übernahm die Bundesrepublik den Vorsitz im UNO Sicherheitstrat und will ihn während zwei Monaten als Doppelmandat zusammen mit Frankreich führen. Nach W. Schäuble sollte Frankreich seinen Sitz im UNO Sicherheitstrat zugunsten eines europäischen aufgeben, die Bundesrepublik würde allein oder zusammen mit anderen Staaten im Gegenzug einen Teil der Kosten übernehmen. Ob die BRD oder andere Staaten sich auch am nuklearen Atomwaffenschirm Frankreichs beteiligen sollen, hängt nicht zuletzt von der nuklearen Bedrohung Europas ab. Die Deutsch-Französische Brigade existiert bereits, sie könnte auch z.B. die friedenssichernden Aktionen der UNO aktiv unterstützen. Nach kontroversen Ausführungen von US-Präsident D. Trump an der Münchner Sicherheitskonferenz 2018 ausgelöst durch die unausgewogene Lastenverteilung innerhalb des Bündnisses schickt sich die NATO endlich an, die Verteidigungsbudgets der Mitgliedstaaten in Richtung des vereinbarten 2% Anteils am nationalen BIP zu bewegen. Wichtig zu betonen ist, dass die zusätzlichen Mittel nicht nur für Aufrüstung, sondern primär für bessere Instandhaltung des vorhandenen und z.T. nicht einsatzfähigen Verteidigungsmaterials verwendet werden sollen. Das Ziel ist, den Anteil der europäischen Mitgliedstaaten an der Erhaltung der eigenen Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen. Gemäss mittelfristiger Finanzplanung will die BRD die Verteidigungsausgaben bis 2022 auf 1,23 % des BIP erhöhen, danach 2024 auf 1,5 % (von 33 auf 60 Milliarden Euro) mit weiterem Anstieg in der Zukunft. In der EU gilt für aussenpolitische Entscheidungen das Prinzip der Einstimmigkeit, um den kleineren Staaten Mitsprache zu garantieren. Um die aussenpolitische Handlungsfähigkeit der EU zu verbessern und um in einer sich schnell verändernden Welt rasch reagieren zu können, soll der Grundsatz der Einstimmigkeit aufgegeben werden.

Angesichts der rasanten Entwicklungen soll nach Aussenminister H. Maas auch im **wirtschaftlichen Bereich** die Zusammenarbeit vertieft werden. Die Europäer sollen vor allem im Bereich der Hochtechnologie verstärkt zusammen arbeiten und mehr Mittel für die Zukunftstechnologien – Digitalisierung, Innovation, KI und Bildung - bereitstellen. Dieses Feld darf nicht den Chinesen oder Amerikanern überlassen werden. China hat die eigene Wirtschaft angekurbelt und hohe Wachstumsraten und eine bessere Versorgung der eigenen Bevölkerung erzielt. Die entstandenen handelspolitischen Ungleichgewichte, d.h. Überschüsse der Chinesen und Defizite der Empfänger, führten in den USA zu Gegenmassnahmen und Zöllen. Das chinesische Grossprojekt ‚Neue Seidenstrasse‘ weckt nicht nur Bewunderung und Begehrlichkeiten, sondern erzeugt auch Ängste vor möglicher politischer Beeinflussung. Mit der Eurasischen Wirtschaftsunion will Russland die

Wirtschaftspolitik der 5 Mitglieder koordinieren. Mit der Eurasischen Wirtschaftsunion will Russland die Wirtschaftspolitik der 5 Mitglieder koordinieren. Mit dem ökonomischen Erfolg wächst nach H. Maas das politische Selbstbewusstsein: ‚Jetzt werden die eigenen Interessen beinahart verfolgt.‘ Daher hat er die Teilnahme Italiens am Seidenstrassen-Projekt kritisiert. Der französische Präsident E. Macron hat den Vorschlag gemacht, einen europäischen Mindestlohn einzuführen. Dem schliessen sich die deutschen Politiker A. Merkel und W. Schäuble an und schlagen vor, der Mindestlohn soll 50% des jeweiligen Landesdurchschnittslohns betragen.

In der **Aussenpolitik** kommt es auf Verlässlichkeit und Vertrauen an. Daher schafft der amerikanische Präsident D. Trump mit einseitigen Aufkündigungen von Vereinbarungen und Ankündigungen von z.B. einseitigen Truppenabzugsplänen viel Unruhe in der eigenen Administration (Rücktritt vom Verteidigungsminister J. Mattis), bei den Verbündeten und in der betroffenen Region. Schwerwiegender sind das Engagement Russlands in Syrien und der Einfluss der iranischen Milizen daselbst, sowie die ungelösten Konflikte in der Ukraine. Die Anerkennung der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim lehnt der Aussenminister unmissverständlich ab. H. Maas zu Syrien: ‚Da wird Russland zeigen können, dass es nicht nur in der Lage ist, Konflikte militärisch zu führen, sondern auch politische Lösungen liefern kann.‘ Die britische Brexit Politik stellt ein noch nie da gewesenes und undurchsichtiges Hin und Her zwischen dem Parlament und der Regierung einerseits und der EU andererseits dar. Inzwischen haben sechs Millionen Briten eine Petition zum Verbleib in der EU unterschrieben. Daher soll die EU die Tür nicht zuschlagen und Raum für weitere Verhandlungen offen lassen. Ein ungeregelter Brexit hätte für alle Staaten negative politische und wirtschaftliche Folgen. Der britische ex Premier Gordon Brown hat an einer Finanz-Konferenz in Zürich im Januar 2019 folgendes gesagt: ‚Die richtige Lösung wäre den Austrittstermin zu verschieben, zuerst interne Meinungsbildung, anschliessend mit der EU reden und am Schluss das Ergebnis einer Volksabstimmung vorzulegen.‘ Innerhalb der EU sorgen populistische und nationalistische Parteien und Bewegungen in den Niederlanden in Polen und vor allem in Ungarn mit ihrem Gebaren für Aufsehen und negative Schlagzeilen. Nicht überraschend stossen sie auf breite Ablehnung. Der ungarischen national-konservativen Partei Orbans wurde nach antieuropäischer Polemik und Plakatkampagne mit den Bildern von G. Soros und J.-C. Juncker die Mitgliedschaft in der EVP sistiert.

Die **multipolare Welt** wird derzeit durch die Grossmächte USA, China und Russland dominiert. Mittlere Mächte verschaffen sich Aufmerksamkeit v.a. durch Konflikte an ihrer Peripherie und Terroristen durch spektakuläre Aktionen überall. In dieser Welt gibt es keine Geschenke und gemeinsame Werte werden oft nicht einmal unter Verbündeten beachtet. Will Europa in dieser vermehrt durch Konkurrenz betonten Welt nicht nur wirtschaftlich, sondern auch aussenpolitisch ein Wort mitreden und eigene wirtschaftliche und politische Interessen wahrnehmen, kommt es um eine einheitliche und starke Position nicht herum. Die vorliegenden Vorschläge bedeuten einige konkrete Schritte in die Richtung eines weltpolitischen Vierecks USA, China, Russland und Europa.

Georg Vancura, CH-5033 Buchs, Anfang April 2019



Wolfgang Schäuble (links) und Heiko Maas



Außenminister Maas im UN-Sicherheitsrat